

Fragen**für die Fragestunde der 144. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. Dezember 2004****Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	37, 38	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	21, 22
Auernhammer, Artur (CDU/CSU)	2, 3	Marschewski, Erwin (Recklinghausen)	10, 11 (CDU/CSU)
Bahr, Daniel (Münster) (FDP)	29, 30	Dr. Mayer, Conny (Freiburg) (CDU/CSU) ...	1, 45
Blank, Renate (CDU/CSU)	33, 34	Niebel, Dirk (FDP)	12, 13
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	16, 17	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	20
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	9, 40	Pau, Petra (fraktionslos)	23, 24
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	41, 42	Pfeiffer, Sibylle (CDU/CSU)	46, 47
Granold, Ute (CDU/CSU)	31, 32	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	39
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	14, 15	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) ...	18, 19
Königshaus, Hellmut (FDP)	35, 36	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	4
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	25, 26	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	5, 6
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	7, 8	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	27, 28
Leibrecht, Harald (FDP)	43, 44		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete
Dr. Conny Mayer
(Freiburg)
(CDU/CSU) Welche Schritte verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die Umsetzung der am 30. August 2003 beschlossenen Vereinbarung der Welthandelsorganisation (WTO) zu grenzüberschreitenden Zwangslizenzen in ihre nationale Patentrechtsgesetzgebung, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für ihre Forderung nach kostengünstigen anti-retroviralen Medikamenten für Entwicklungsländer?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

2. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU) Wie viel Euro hat der gesamte Messeauftritt des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) auf der „Euro-Tier“ 2004 in Hannover gekostet?
3. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU) Welche Vorteile für die deutsche Landwirtschaft hat sich das BMVEL von dem Messeauftritt versprochen, und wie effizient war dieser angesichts der Tatsache, dass der Stand nur auf Ökolandwirtschaft ausgerichtet war?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

4. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) Inwieweit beteiligt sich die Bundesregierung zu Fragen der Wettbewerbsklarheit am Aufruf der Europäischen Union durch das „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“, und wie setzt sie sich für Wettbewerbsklarheit bei der Teilnahme am Weiterbildungsmarkt in Bezug auf Volkshochschulen, Hochschulen und Kammern ein?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung über Betrug und Korruption durch die Regierung des ehemaligen irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein im Zusammenhang mit dem Programm „Öl für Lebensmittel“ der Vereinten Nationen, und wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Amerika, Henry Hyde, in seiner Stellungnahme für die Anhörung des Ausschusses am 17. November 2004, dass es bei der Durchführung des Programms „Öl für Lebensmittel“ zu dem „vielleicht größten Finanzbetrug in der Geschichte“ gekommen sei?
6. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Erfolg der Vereinten Nationen bei der Überwachung der korrekten Durchführung des Programms „Öl für Lebensmittel“, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über eine etwaige Verstrickung deutscher Banken oder Firmen in die mutmaßliche Korrumpierung des Programms „Öl für Lebensmittel“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Von wann bis wann hat sich nach Kenntnissen der Bundesregierung der Ausländer R. a. I., der nach Medienberichten einer der Drahtzieher an dem Mord an Theo van Gogh sein, mit Unterbrechungen seit 1997 in Deutschland als Asylbewerber gelebt haben und als Wanderprediger und Drogenhändler zwischen Holland und Deutschland gependelt sein soll, in Deutschland mit welchem Aufenthaltstitel aufgehalten (bitte tabellarisch auflisten)?
8. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung gegen den Imageschaden im Ausland, dass jetzt mit dem Verdacht im Mordfalle Theo van Gogh zum wiederholten Male im Zusammenhang mit islamistischen Terroranschlägen Spuren nach Deutschland führen, und warum ist es nach Kenntnis der Bundesregierung nicht

gelingen, den Asylantrag abzulehnen und den Ausländer R. a. I. in sein Herkunftsland abzuschieben (sofern erforderlich, bitte Auskunft bei den Ländern einholen)?

9. Abgeordneter
**Albrecht
Feibel**
(CDU/CSU)
- Wie ist der Entwicklungsstand des Beamtenpensionsfonds (Versorgungsfonds), und welchen Einfluss hatte die Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden auf diesen Fonds?
10. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)
- Inwieweit wird bei der anstehenden Vergabe des digitalen Funks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sichergestellt, dass ein vergleichbarer großflächiger Ausfall eines öffentlichen GSM-Netzes, wie in Frankreich am 24. November 2004, nicht zu einem Erliegen der Notrufkommunikation führt, und inwieweit werden die Vorkommnisse in Frankreich unter diesen Sicherheitsaspekten analysiert?
11. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)
- Inwieweit werden die sicherheitsrelevanten Fragen des großflächigen Ausfalls von GSM-Netzen, der Ausfall von Rückfallebenen und drohende Überlastungen öffentlich zugänglicher Netze bei anstehenden Ausschreibungen für den BOS-Digitalfunk berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

12. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Nutzung oder Veräußerung von Bundeswehrliegenschaften, die geschlossen werden sollen, und sieht sie Kompensationen vor, um große Härten aufzufangen?
13. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Wann erhalten die betroffenen Standorte eine offizielle Mitteilung über die geplante Strukturveränderung bzw. Schließung und das weitere Vorgehen, damit in den Kommunen konkrete Handlungsoptionen entwickelt werden können?

14. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Vorschläge des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, zur Auflösung des ERP (European Recovery Programme)-Sondervermögens mit der gesetzlichen Maßgabe des Substanzerhalts dieses Vermögens in § 5 Abs. 1 Satz 1 ERP-Verwaltungsgesetz?
15. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung im Vorfeld dieser Vorschläge eine Auflösung des ERP-Sondervermögens mit den USA abgestimmt, und wenn nein, warum nicht?
16. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Zuständigkeit des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Festlegung von europaweiten Standards für die Abrechnung und Abwicklung von Wertpapiergeschäften?
17. Abgeordneter
Georg Fahrenschon
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Gefahr einer Festlegung von europäischen Standards abseits legitimer demokratischer Prozesse, und wenn ja, gibt es Pläne, dagegen vorzugehen?
18. Abgeordneter
Albert Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Mittel sind von der Europäischen Union im Rahmen der „Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen“ für den besonderen Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze in den deutschen Grenzregionen bereitgestellt, und in welcher Höhe wurden diese Mittel von der Bundesrepublik Deutschland bisher abgerufen und verwendet?
19. Abgeordneter
Albert Rupprecht
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die bereitstehenden Mittel in der Restlaufzeit der genannten „Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen“ bis 2006 abzurufen und zu verwenden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Arbeit**

20. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die auch vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff am 2. November 2004 geäußerte Einschätzung, dass die „Gemeinsame Erklärung“ des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und des Bundesverbandes Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Grossisten vom 19. August 2004 „offenbar nicht gegriffen“ habe, „wenn es auch noch Anfang nächsten Jahres bei Lidl ausschließlich die Bild-Zeitung oder Produkte des Springer-Verlages geben sollte“, und „man dann auch über gesetzgeberische Maßnahmen nachdenken“ müsste?
21. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)
- Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, wie unterschiedlich die Kommunen bei der Berechnung der Wohnkosten für Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) vorgehen, und gedenkt die Bundesregierung von der in der Pressemitteilung Nr. 597 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 17. November 2004 angesprochenen Verordnungsermächtigung Gebrauch zu machen?
22. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um die Verdrängung von regulären Stellen – z. B. im Reinigungsgewerbe (Berliner Zeitung vom 25. November 2004) – durch Ein-Euro-Jobs zu verhindern?
23. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass Bescheide für Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) mit der Rechtsbehelfsbelehrung verschickt werden, dass Widersprüche erst ab dem 1. Januar 2005 eingelegt werden können bzw. erst ab diesem Zeitpunkt bearbeitet werden, und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dies?
24. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)
- Inwieweit stehen Studentinnen – nach Auffassung der Bundesregierung – grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und haben daher Anspruch auf ALG II, und inwieweit bekommen vor diesem

Hintergrund künftig allein erziehende Studentinnen Mehrbedarf, der an die Auszahlung von ALG II gekoppelt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

25. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die Kostenträger wie Krankenkassen und Rentenversicherungen bei Zuweisungen von Rehabilitationsmaßnahmen derzeit vorrangig ihre eigenen Reha-Einrichtungen belegen, und wie ist dies nach Ansicht der Bundesregierung begründet und mit dem freien Wettbewerb vereinbar?
26. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Kostenträger wie Krankenkassen und Rentenversicherungen zukünftig die Reha-Kliniken belegen, die qualitativ hochwertig und für das Krankheitsbild am besten geeignet sind, und nicht primär ihre eigenen Einrichtungen?
27. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Inwieweit entsprechen die Mittel der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur HIV/Aids-Prävention der aktuellen Situation im Hinblick auf HIV/Aids, und wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung ein, dass immer mehr Jugendliche nicht über HIV/Aids aufgeklärt sind?
28. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um Rahmenbedingungen und Anreize für die HIV/Aids-Impfstoffforschung in Deutschland zu verbessern?
29. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Weshalb geht die Bundesregierung davon aus, dass, so die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, in ihrer Antwort auf meine mündliche Frage 14 in der Fragestunde am 10. November 2004, „[...] die Finanzreserven der Pflegeversicherung bis ins Jahr 2008 reichen“ (Ple-

narprotokoll 15/137, S. 12554 C), wenn der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2004/05 darauf hinweist, dass die Rücklagen der sozialen Pflegeversicherung bereits bis Mitte des Jahres 2007 aufgebraucht sein könnten („Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland“, Jahresgutachten des Sachverständigenrates 2004/05, S. 331), und wie ist diese Diskrepanz in der Berechnung nach Meinung der Bundesregierung zu begründen?

30. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Defizite der sozialen Pflegeversicherung für die folgenden Jahre, unter Berücksichtigung der Zusatzeinnahmen durch das Kinderberücksichtigungsgesetz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

31. Abgeordnete
Ute Granold
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) den Ausschlag gegeben, von der Anordnung einer zumindest probeweisen Einführung des so genannten Steilstartverfahrens (ICAO-A) an deutschen Flughäfen zum Schutz der Bürger vor Fluglärm bislang abzusehen, und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die aus Medienberichten deutlich gewordene Ablehnung der Lufthansa AG gegen das Steilstartverfahren am Flughafen Frankfurt am Main?
32. Abgeordnete
Ute Granold
(CDU/CSU)
- Welche Gründe sprechen gegen die Einführung eines Gleitflugverfahrens (CDA-Verfahren) am Flughafen Frankfurt am Main, und welchen Standpunkt vertritt die deutsche Flugsicherung zu einer Einführung dieses Verfahrens?
33. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Wer war von der Bundesregierung zur Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung „Traffic“ im BMVBW eingeladen?

34. Abgeordnete
**Renate
Blank**
(CDU/CSU)
- Wurde im Zusammenhang mit der Ausstellung eine vertragliche Regelung abgeschlossen, insbesondere im Hinblick auf eine konkrete Vereinbarung der weiteren Verwendung der ausgestellten Bilder?
35. Abgeordneter
**Hellmut
Königshaus**
(FDP)
- Hat sich die Bundesregierung (im Nachgang zu der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Achim Großmann, auf meine Frage 17 in der Fragestunde am 10. November 2004, Plenarprotokoll 15/137, S. 12557 B) mittlerweile hinsichtlich der Planfeststellungsverfahren zur Dresdner Bahn und zur Anhalter Bahn soweit sachkundig gemacht, dass sie bestätigen kann, dass das Eisenbahnbundesamt als Planfeststellungsbehörde im Planfeststellungsbeschluss für die Anhalter Bahn vom 31. Mai 2001 ein deutlich geringeres Verkehrsaufkommen für das als maßgeblich festgestellte Jahr 2010 zu Grunde gelegt hat, als es nun zu diesem Zeitpunkt tatsächlich zu erwarten ist, und es dies damit begründete, es gebe „gegenwärtig keine Anhaltspunkte dafür, dass Verkehr von der Dresdner Bahn über die Anhalter Bahn geleitet wird“, obgleich ihm zu diesem Zeitpunkt als Planfeststellungsbehörde auch für die Dresdner Bahn alle von der Bundesregierung in der oben genannten Antwort genannten Fakten schon zu diesem Zeitpunkt amtlich bekannt waren?
36. Abgeordneter
**Hellmut
Königshaus**
(FDP)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass auch noch im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht diese Behauptung aufrechterhalten wurde und dass diese Darstellung letztlich auch zur Abweisung der Anträge der Anlieger, die angemessenen Lärmschutz forderten, führte, und wie bewertet sie dies rechtlich?
37. Abgeordneter
**Dr. Karl
Addicks**
(FDP)
- Wann kann die Verschwenkung der Bundesautobahn A 620 mit der A 1 und der A 623 mit Bundesmitteln begonnen werden, um Saarbrücken von dem derzeit durch die Innenstadt fließenden Fernverkehr zwischen Frankreich und Rheinland-Pfalz zu entlasten?

38. Abgeordneter
Dr. Karl Addicks
(FDP)
- Wann ist – vor dem Hintergrund der Anbindung Saarbrückens an das TGV- und ICE-Netz – mit dem Ausbau des Kreisels Am Ludwigsberg und der Grülingsstraße mit Bundesmitteln im Zuge des Umbaus des Hauptbahnhofes zum „Eurobahnhof“ zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

39. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass sich in vielen Städten die Nachbarschaftsklagen gegen den durch Kinderspiel- und Bolzplätze in Wohngebieten verursachten Lärm häufen und vor Gericht erfolgreich sind, weil Kinderlärm dadurch, dass er im Bundes-Immissionsschutzgesetz und in der Achtzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Sportanlagenlärmschutzverordnung) nicht hinreichend genau definiert ist, zu Unrecht als Immission eingestuft wird, und dass zahlreiche Spiel- und Bolzplätze deswegen wieder entfernt bzw. bereits in der Planungsphase verhindert worden sind, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Entwicklung zu unternehmen?
40. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)
- Wie viele Regionen in Deutschland sind laut EU-Entscheidung zu bedeutenden Vogelschutzgebieten („Important Bird Areas“) erklärt worden, und wie viele Anträge auf die Errichtung von Windrädern müssen deshalb abgelehnt bzw. bestehende Anlagen verlegt oder abgebaut werden?
41. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Wer hat die durch den Bundesrechnungshof aufgedeckten Mehrkosten wegen der Verzögerung der Endlagerung von radioaktiven Abfällen zu tragen, und wie hoch sind diese?
42. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Welche Vorsorge trifft die Bundesregierung im Rahmen des Bundeshaushaltes und der Finanzplanung, um die für den Staat entstehenden finanziellen Mehrbelastungen aufzufangen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

43. Abgeordneter
**Harald
Leibrecht**
(FDP) Welche konkreten wirtschaftlichen oder technischen Projekte unterstützt die Bundesregierung in der sog. Autonomen Region Tibet?
44. Abgeordneter
**Harald
Leibrecht**
(FDP) Wie sind die Kriterien für derartige Projekte, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass sie von Peking nicht zur Sinisierung Tibets missbraucht werden?
45. Abgeordnete
**Dr. Conny
Mayer**
(Freiburg)
(CDU/CSU) Welches Bundesministerium ist innerhalb der Bundesregierung für HIV/Aids in Osteuropa zuständig, und was unternimmt die Bundesregierung bilateral mit den Staaten Osteuropas, um die Ausbreitung von HIV/Aids zu bekämpfen?
46. Abgeordnete
**Sibylle
Pfeiffer**
(CDU/CSU) Auf welchen Erkenntnissen basiert die Entscheidung der Bundesregierung, sich im Rahmen der HIV/Aids-Präventionsbemühungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zukünftig auf den Faktor C (Condoms) innerhalb der ABC-Strategie zu konzentrieren, wie in dem neuen Positionspapier zur Aidsbekämpfung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das am 10. November 2004 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung präsentiert wurde, bekannt gegeben worden ist, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Entscheidung der US-amerikanischen Regierung, sich allein auf die Aspekte A (Abstinenz) und B (Be faithful) zu konzentrieren und C (Condoms) auszuschließen?
47. Abgeordnete
**Sibylle
Pfeiffer**
(CDU/CSU) Welche Werthaltigkeit hat für die Bundesregierung die Einheit „Ehe und Familie“ als kleinste Einheit einer demokratischen und stabilen Gesellschaftsstruktur in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?